

Nachtragshaushalt 2012-2013
Stellungnahme der SPD-Fraktion
Dr. Hans-Peter Rathjens

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine Damen und Herren,

Anfang November hat Herr Bürgermeister Brechtel für den Magistrat der Stadt Rosbach den Entwurf des 1. Nachtragshaushaltes für die Jahre 2012 und 2013 eingebracht. Ein Nachtrag ist gemäß §114e HGO immer dann erforderlich, wenn sich im Jahresverlauf maßgebliche Änderungen in den Planansätzen ergeben. Das Zahlentableau, das dem Parlament vor wenigen Wochen vorgelegt wurde, ist ernüchternd und zutiefst beunruhigend. Wer bis dato geglaubt hat, Rosbach sei eine Insel der Glückseligen im Meer der kommunalen Finanzkrise, sieht sich nun mit der harten Realität konfrontiert und die heisst: Ein Rekorddefizit von 3,942 Mio. € im Jahresergebnis 2012, eine Explosion des Schuldenstandes auf 20,6 Mio. € Ende 2013 und ein Kassenkredit, der mit 12 Mio. € in 2013 ein historisches Hoch erreicht. Gleichzeitig muss das Investitionsvolumen in 2012 um rund 5 Mio. € reduziert werden, und zwar von 9,122 Mio. € auf 4,203 Mio. € - also mehr als eine Halbierung. Dies sind wahrlich zutiefst erschreckende und bedrückende Zahlen. Und die Kernfrage lautet schlicht und ergreifend: Darf das Parlament dem Haushalt überhaupt zustimmen oder sind wir nicht sogar zur Sicherung der mittelfristigen Finanzstabilität der Stadt verpflichtet, den Haushaltsentwurf zur Überarbeitung an Magistrat zurückzugeben? Die SPD-Fraktion hat diese Frage intensiv diskutiert und ist zu dem Ergebnis gekommen, dem Haushalt zuzustimmen - verbunden mit dem eindringlichen Appell, entschieden und mit aller Macht die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben. Dies wird – und das zeigen alle Erfahrungen – nicht ohne Schmerzen gehen. Wer Vorschläge für eine schmerzfreie Haushaltskonsolidierung hat, ist herzlich aufgefordert, diese dem Parlament zu unterbreiten. Die SPD-Fraktion wird sich der Diskussion nicht verweigern.

Meine Damen und Herren, bei der Analyse der dramatischen Finanzlage gebietet es die Fairness danach zu fragen, welche internen und welche externe Gründe hierfür verantwortlich sind. Für einen Rückgang der Gewerbesteuer um 2,8 Mio. € in 2012 kann weder der Magistrat mit dem Bürgermeister an der Spitze noch das Parlament etwas. Verantwortlich sind wir aber dafür, von welchen Einnahmeerwartungen wir in der mittelfristigen Finanzplanung ausgehen. In der ursprünglichen Aufstellung des Haushalts wurde noch unterstellt, dass die Gewerbesteuereinnahmen in den Jahren 2013 bei 7,20 Mio., in 2014 bei 7,44 Mio. € und in 2015 bei 7,90 Mio. € liegen. In der uns nun vorliegenden abgespeckten Version wurden die Einnahmeerwartungen in 2013 auf 5,0 Mio. €, in 2014 auf 5,2 Mio. und in 2015 auf 5,41 Mio. € reduziert. Betrachtet man den Gesamtzeitraum 2013 bis 2015, ergibt sich im Vergleich zur ursprünglichen mittelfristigen Finanzplanung eine Reduktion bei den Gewerbesteuereinnahmen um 6,93 Mio. €. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass die Gewerbesteuereinnahmen eine extrem schwankungsanfällige Größe sind und wir gut beraten sind, eine sehr, sehr konservative Einnahmeerwartung zugrunde zu legen. Dies bewahrt vor zu starken Enttäuschungen und vermeidet, sich künstlich reich zu rechnen. Einen Orientierungsrahmen des Landes als Entschuldigung anzuführen, zeigt, dass man nicht im fortlaufenden Dialog mit den lokalen Unternehmen ist.

Natürlich können wir als unmittelbar Betroffene nichts dafür, wenn der Kreis die Kreisumlage von bisher 56% auf 58% erhöht oder das Land eine Kompensationsumlage einführt. Ob es uns allerdings passt oder nicht: Wir müssen unser Haushaltsgebaren anpassen und auf neue Situationen reagieren. Auch der Hinweis auf eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen – so richtig und notwendig dieser Hinweis auch – hilft in der konkreten Haushaltssituation wenig. Wir müssen uns mit den Gegebenheiten auseinandersetzen und die kommunalen Haushalte adjustieren. Sicherlich muss hier und da der Klageweg eingeschlagen werden, damit das Prinzip „wer bestellt, der bezahlt“ auch konsequent umgesetzt und immer wieder eingefordert wird. Die Erlösung von allem finanziellen Übel wird auf diesem Wege aber sicherlich nicht erreicht werden!

Herr Bürgermeister, in unseren Auseinandersetzungen haben wir immer wieder die Verschuldung der Stadt thematisiert. Dieses Thema wird das Parlament auch in den nächsten Jahren weiter begleiten, wenn auch mit einer anderen personellen Konstellation. Sie hatten in der letzten Haushaltsdebatte darauf verweisen, dass ein Teil der Zunahme der Verschuldung auf die Großinvestitionsprojekte zurückzuführen sei, diese einvernehmlich verabschiedet worden seien und die Schuldenzunahme jetzt im Nachhinein nicht kritisiert werden dürfe. Herr Bürgermeister, in diesem Punkt sind wir uns völlig einig, da liegt 100%ige Übereinstimmung vor. Was ich kritisiere – und ich beziehe mich damit ein -, ist, dass wir unser Leistungsversprechen, das wir als Parlament den Bürgerinnen und Bürgern gegeben haben, nicht eingehalten haben. Im Haushaltsentwurf 2010 – also zu einem Zeitpunkt, als die Großinvestitionsprojekte schon bekannt und verabschiedet waren - wurde für das Jahr 2013 ein Schuldenstand vom 9,690 Mio. € geplant, im Haushaltsentwurf 2011 stieg dieser Wert dann auf 12,075 Mio. €, im Haushaltsentwurf 2012-13 auf 14,680 Mio. € und jetzt im Nachtrag auf 20.606.476 €. Innerhalb von drei Jahren musste der geplante Schuldenstand für 2013 um rund 11 Mio. € nach oben hochgeschraubt werden. Das ist mehr als eine Verdoppelung! Bei aller Liebe, Herr Bürgermeister, dies kann man nicht mehr nur äußeren, widrigen Umständen zuschreiben. Das ist zu einem Großteil, zu einem guten Teil hausgemacht. Und dafür muss auch die Verantwortung übernommen werden.

Der immer raschere Anstieg der Verschuldung liegt in aller erster Linie im Investitionsprogramm begründet und hier wiederum in der Entwicklung der Bau- und Gewerbegebiete. Um die weitere Entwicklung Finanzlage der Stadt im Kern richtig zu prognostizieren, muss nur eine Frage korrekt beantwortet werden: Wann und zu welchem Preis werden Grundstücke gekauft, wann und zu welchem Preis werden Grundstücke verkauft. Dies ist derzeit die alles entscheidende Frage. Verzögerungen von einem Jahr kommen uns dabei teuer zustehen: Laut Investitionsprogramm sollten allein im Gewerbegebiet West in 2012 für 3 Mio. € Grundstücke erworben und für 6 Mio. € veräußert werden, also ein Nettoerlös von 3 Mio. € realisiert werden. Diese Mittel fehlen uns heute und der angestrebte Schuldenabbau bleibt nicht nur aus, sondern verkehrt sich in sein Gegenteil und es kommt zu einem Anstieg. Durch die Verzögerungen beim Investitionsprogramm, wird die Schuldenwelle immer größer, die wir vor uns herschieben. Wir schieben eine immer größere Bugwelle vor uns her. Mit jedem Jahr qualifizieren uns damit ein wenig mehr für den kommunalen Rettungsschirm.

Meine Damen und Herren, ein Thema, das in der Vergangenheit hier eher am Rande diskutiert wurde, ist die Höhe des Kassenkredits. Schauen Sie bitte in den Vorbericht

auf Seite 19, dort steht: „Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass der laufende Fehlbetrag 2012 zuzüglich der aufgelaufenen Fehlbeträge aus den Vorjahren in Höhe von 2.056.055 über den Kassenkredit zu finanzieren ist.“ Wenn Sie einmal die Fehlbeträge für die Jahre 2012 bis 2016 addieren und den Überschuss von 95.100 € in 2011 mit berücksichtigen, kommen Sie auf einen Wert von 6.590.600 €. Für Ende 2016 bräuchten wir also allein ein Kassenkreditvolumen von 8,65 Mio. €, um die aufgelaufenen Defizite im Ergebnishaushalt zu finanzieren. Wenn es uns danach gelingen sollte, im Ergebnishaushalt 1 Mio. € Überschuss pro Jahr zu erwirtschaften, erfordert es rund 9 Jahre, um den Kassenkredit wieder auf null zurückzufahren. Wir wären dann im Jahre 2025.

Die Kassenkredite werden aber nicht nur zur Deckung der Fehlbeträge im Ergebnishaushalt benötigt, sondern gewinnen auch zunehmend investiven Finanzierungscharakter. Eine insgesamt als sehr kritisch einzuschätzende Entwicklung. Der Bürgermeister führt hierzu in seiner Haushaltsrede aus: „Für das Jahr 2013 wird der Höchstbetrag um 6 Millionen Euro auf insgesamt 12 Millionen Euro neu festgesetzt. Mit dem Kassenkreditrahmen 2013 von zusätzlich 6 Millionen Euro soll die zeitlich befristete Zwischenfinanzierung von Grundstücksankäufen aus den Gewerbegebieten „Ost“ und „West“ in Höhe bis zu 6,4 Millionen Euro finanziert werden. Die Erhöhung des Kassenkreditrahmens für 2013 dient nicht der Finanzierung laufender Ausgaben (Personal- und Sachkosten), sondern ist ausschließlich zur Zwischenfinanzierung von vermögenswirksamen investiven Maßnahmen vorgesehen.“

Die Konsequenz, die hieraus zu ziehen ist, dass die 20,6 Mio. Schulden aus den langfristigen Verbindlichkeiten nicht die volle Wahrheit wiedergeben, was die Finanzierung unserer Investitionen anbelangt. Da müssen wir – je nach Auslastung des Kassenkredits – noch die eine oder andere Million mit draufpacken. Wir sind damit ganz schnell bei 25 Mio. € angekommen

Höhere Fehlbeträge im Ergebnishaushalt, höhere Kassenkredite und steigende langfristige Verbindlichkeiten: Was kostet uns das nun alles? Vielleicht hilft hier ein Blick auf das Finanzergebnis! Gemäß ursprünglicher Planung lag der kumulierte Saldo für die Jahre 2012 -2015 bei minus 92.700 €, gemäß neuer Planung bei minus 1.252.900. Mit anderen Worten: Statt netto 92.700 Euro müssen wir jetzt 1,25 Mio. € Zinsen aufgrund der höheren Gesamtverschuldung zahlen – eine Verschlechterung um dramatische 1,16 Mio. € insgesamt bzw. rund 300.000 € pro Jahr. 300.000 € pro Jahr entspricht etwa 5-6 Personen im Kinderbetreuungsbereich.

Meine Damen und Herren, die Finanzlage der Stadt Rosbach hat sich im Laufe des Jahres 2012 deutlich, geradezu dramatisch verschlechtert. Die Probleme sind aber lösbar,

- wenn zukünftig auf jede Schönrechnerei und vor allen Dingen - rederei verzichtet wird
- wenn es keine weitere Verzögerungen bei der Entwicklung der Bau- und Gewerbegebiete gibt und einmal Beschlossenes mit Konsequenz und Entschiedenheit umgesetzt wird und
- wenn eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung mit Mut, Entschlossenheit, Kraft und Phantasie in Angriff genommen wird.

Unter diesen Voraussetzungen stimmt die SPD-Fraktion dem Nachtragshaushalt 2012-2013 zu.